

Sömmerda, 11. Juni 2018

Resolution der Thüringer Vertrauensleute der IG Metall

Heute die Weichen für die Angleichung von morgen stellen

Seit der Wiedervereinigung kämpfen wir um die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland und damit um die Angleichung der tariflichen Bestimmungen in der Metall- und Elektroindustrie. Einiges haben wir erreicht, Einiges steht noch aus.

Das Thema Angleichung war und ist den Arbeitgebern von Beginn an ein Dorn im Auge. Tariffreie Zonen waren und sind ihre Traumvorstellungen. Ihr Desinteresse haben sie schon 1993 mit der Aufkündigung der Tarifverträge im Osten verdeutlicht. Dass es heute noch (Flächen)-Tarifverträge in den ostdeutschen Tarifgebieten gibt, ist einzig und allein dem entschlossenen Arbeitskampf der Metaller*innen zu verdanken. Ein Stufenplan bis 1996 war damals das Ergebnis der Angleichung der Löhne und Gehälter. Die Themen Weihnachtsgeld, Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer und die wöchentliche Arbeitszeit sind bis heute noch nicht flächendeckend angeglichen. Genau dies sind die noch heute offenen Lücken zwischen den Tarifgebieten Ost/West. Mit der Einführung des Entgeltrahmenabkommens entstand eine bundesweite Differenzierung bei den Grundentgelten.

2003 verfolgte die IG Metall das Ziel, die Arbeitszeit Ost mit einen Stufenplan auf die Arbeitszeit West, konkret von 38 Wochenstunden auf 35 Wochenstunden anzugleichen. Das Ergebnis nach einem langen und ungewöhnlich harten Arbeitskampf ist bekannt.

12 Jahre später, auf dem Gewerkschaftstag 2015, wurde die Arbeitszeit, einschließlich der Angleichungsfrage wieder zum Thema in der Organisation. Die 35-Stundenwoche wurde zur Referenzgröße. Mit den Vorbereitungen auf die Tarifbewegung 2017/2018 haben wir, nicht zuletzt auf der Grundlage der bundesweiten Beschäftigtenbefragung, Arbeitszeit und damit auch die Angleichung wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Die Tarifbewegung konnten wir erfolgreich abschließen.

Jetzt geht es darum, den letzten Gang in der Angleichungsfrage zur Arbeitszeit vorzubereiten und letztendlich zu einer Tarifforderung zu entwickeln. Auch heute dürfen wir feststellen, dass es auf der Arbeitgeberseite kein Interesse daran gibt, diesen Angleichungsschritt mit uns gemeinsam zur Umsetzung bringen zu wollen. Mit der Verweigerung zur Aufnahme von Gesprächen werden die Weichen schon jetzt auf eine harte Konfrontation gestellt.

Wir dürfen und werden uns dieser Auseinandersetzung nicht entziehen. Unser bisher eingeschlagener Weg ist richtig und gerecht. Um ihn erfolgreich bestreiten zu können, benötigen wir ein einheitliches Handeln. Wir fordern deshalb die IG Metall, die Bezirksleitung der IG Metall Bezirk Mitte auf, dass Thema Angleichung in eine bundesweite Kampagne einzubetten und die erforderlichen Schritte zur Durchsetzungsfähigkeit mit uns gemeinsam in die Umsetzung zu bringen.

